

KORREKTUR

Niederschrift

der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates am 14.06.2005

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:26 Uhr bis 22:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	Teilnahme ab 19:00 Uhr
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	PDS	
Frau Ute Haupt	PDS	
Herr Uwe Heft	PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS	Teilnahme ab 21:20 Uhr
Herr Hendrik Lange	PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	
Herr Erhard Preuk	PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Rudenz Schramm	PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Joachim Knauerhase	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Andrea Machleid	NPD	

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	PDS	entschuldigt
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	entschuldigt
Frau Gertrud Ewert	SPD	entschuldigt
Herr Michael Zeidler	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
Frau Dr. Eva Mahn	MitBürger	entschuldigt

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende des Stadtrates, **Herr Bartl**, eröffnete die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegenwärtig seien 48 Mitglieder des Stadtrates (84,21 %) anwesend.

Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Herr Bartl informierte darüber, dass noch Material zur mittelfristigen Finanzplanung für den Verwaltungshaushalt zugegangen sei. Außerdem sei noch das Papier der BMA mit den Maßnahmepunkten zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits verteilt worden. Hierzu gehören ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie ein Änderungsantrag des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes „Psychiatrisches Krankenhaus“. Ebenso liege ein Änderungsantrag der PDS-Fraktion vor.

Die Verwaltung habe außerdem einen neuen Beschlussvorschlag erstellt, welcher ausgegeben wurde.

Die Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger sowie die SPD-Fraktion haben einen Änderungsantrag eingebracht. Des Weiteren liegt ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS vor.

Herr Bartl machte darauf aufmerksam, dass sich durch die Änderungen, welche durch die Verwaltung vorgenommen wurden, eventuell einige Änderungsanträge erledigt hätten.

Herr Koehn, SPD-Fraktion, teilte mit, dass seitens seiner Fraktion der Antrag zur Begleitung der Aktivitäten der BMA durch ein Lenkungsgremium erledigt sei. Des Weiteren würde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion bezüglich des Psychiatrischen Krankenhauses zurückgezogen, da die Fraktion den Antrag des Eigenbetriebsausschusses PKH unterstütze.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Misch, CDU-Fraktion, widersprach Tonaufnahmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Damit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Feststellung der Tagesordnung

- 1** Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003
Vorlage: IV/2004/04603

Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits
- 1.1** Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
hier: Beschlussvorschlag zu 4.
Vorlage: IV/2005/05002
- 1.2** Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
hier: Beschlussvorschlag zu 4.
Vorlage: IV/2005/04988
- 1.4** Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603) hier: Beschlussvorschlag
Vorlage: IV/2005/05003
- 1.6** Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
Vorlage: IV/2005/05026
- 1.7** Änderungsantrag des Eigenbetriebsausschusses des Psychiatrischen Krankenhauses zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
Hier: Haushaltskonsolidierung, Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizites, Position 1 (ehem. Pos. 3)
Vorlage: IV/2005/05040
- 1.8** Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zu den Maßnahmepunkten zum Ausgleich der Alt- und Neudefizite des Verwaltungshaushaltes in der Fassung vom 09. Juni 2005
Vorlage: IV/2005/05055
- 1.9** Änderungsantrag der PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zu den Maßnahmepunkten zum Ausgleich der Alt- und Neudefizite des Verwaltungshaushaltes in der Fassung vom 9. Juni 2005
Vorlage: IV/2005/05057

**zu 1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005,
Haushaltssolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr
2003
Vorlage: IV/2004/04603**

Wortprotokoll:

Herr Bartl teilte mit, dass zur Haushaltsdebatte unbegrenzte Redezeit gelte.

Außerdem sei am heutigen Tage Herr Schneider von der BeteiligungsManagementAnstalt anwesend. Diesem sei Auskunfts- und Rederecht zu erteilen. Herr Bartl bat diesbezüglich um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Bartl bat die Oberbürgermeisterin, die Fraktionen und die einzelnen Stadträte um Redebeiträge zu der eingebrachten Beschlussvorlage. Die Fraktionen hielten in folgender Reihenfolge ihre Reden zum Haushalt.

Es gilt das gesprochene Wort

1. Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE
2. Herr Bönisch, CDU-Fraktion
3. Herr Koehn, SPD-Fraktion
4. Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion
5. Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger
(Auf Antrag wurde dieser Redebeitrag als Wortprotokoll verfasst)
6. Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS

Diese Redebeiträge liegen dem Protokoll als Anlage bei.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, äußerte sich zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Punkt 4. Er fände den Umgang mit dem Thema „Veräußerung städtisches Eigentum“ traurig. Wichtig sei es, wenn der Stadtrat selbst sich mit den einzelnen Details befasse und diese beleuchte, um dann eine Entscheidung zu treffen. Er sei empört gewesen, in der Zeitung zu lesen, dass die Stadt 200 Mio. Erlösen wolle nur über die Veräußerung von Beständen. Er wies darauf hin, dass es hierbei um weit mehr gehe als um 17.000 Wohnungen. Dahinter verbergen sich weiterhin Altschulden, welche möglicherweise noch zu bezahlen sind, so dass der Erfolg nur möglich sei, weit über diese 200 Mio. zu veräußern. Dies könne nicht sein.

Es sei für ihn auch unverständlich gewesen, dass erst die Fraktionsvorsitzenden die Geschäftsführer der städtischen Unternehmen in diesen Prozess einbezogen haben. Sowohl die Geschäftsführer der HWG und der GWG hätten sich Gedanken gemacht. Herr Sänger warb noch einmal für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und bat um Bestätigung. In diesen Prozess müsse eine Sicherheit kommen – auch im Interesse der erschienen Vertreter der Unternehmungen.

Es gehe in dem Änderungsantrag auch nicht nur um die Veräußerung von Immobilien, sondern man gehe weiter, indem man die Sinnhaftigkeit darin erkenne, darüber nachzudenken, ob das beschlossene und installierte ZGM auf die Dauer die richtige Lösung ist oder man Lösungen im Zusammenhang mit den Wohnungsgesellschaften finden könne, wo letztendlich im Interesse der Stadt auch Haushaltskonsolidierung stattfinden kann.

Herr Prof. Schuh, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bezog sich angesichts der derzeitigen Haushaltslage auf die Vorlage für den kommenden Stadtrat, in welcher die Ausgabe von 750.000 Euro für ein Kulturfestival beschlossen werden soll. Dies sei für ihn nicht nachzuvollziehen. Es sei bekannt, dass in den ersten Jahren ein defizitärer Haushalt vorhanden gewesen sei. Das Geld, welches da gewesen sei, wurde ausgegeben, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen. Im letzten Jahr der Amtszeit von Herrn Dr. Rauen und im ersten Jahr von Frau Häußler wurde Geld aus den Stadtwerken zum Haushaltsausgleich verwendet. Seit dem zweiten Jahr der Amtszeit der Oberbürgermeisterin häufe sich ein Schuldenstand an, welcher mit Kassenkrediten ausgeglichen worden sei. Diese Kredite müsse man jetzt zurückzahlen und man fange nun an, das städtische Vermögen zu verkaufen.

Herr Prof. Schuh wandte sich an Herrn Bönisch und wies darauf hin, dass der Haushalt nicht vom Stadtrat aufgestellt würde. Die Art und Weise, wie die Stadträte mit dem Haushalt umgehen, zeige, dass diese keinen Haushalt aufstellen können. Dieser würde von der Oberbürgermeisterin aufgestellt. Einen Haushalt, welcher nicht die Hoffnung aufzeige, dass er ausgeglichen wird, könne man nur durch eine Maßnahme ändern: Nämlich dadurch, dass der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin zurücktritt. Herr Prof. Schuh bat darum, diese Äußerung nicht persönlich zu nehmen. Er erlaube sich hier nur eine sachliche Beurteilung. Herr Prof. Schuh entnahm den Äußerungen der Stadträte, dass diese nicht an eine Konsolidierung in den nächsten Jahren glauben. Er meinte, nur wenn man glaube, dass die Konsolidierung in den nächsten drei Jahren funktionieren würde, dürfe man diesem Haushalt zustimmen. Seine Fraktion werde den Haushalt ablehnen, da sie nicht an diese Konsolidierung glaube. Herr Prof. Schuh ging noch einmal auf die Schuldentrückzahlung ein. Eine Rückzahlung durch bestehendes Vermögen sei mit zwei Varianten möglich: Man verkauft dieses Vermögen oder man beleihet es. Eine Beleihung war im Konzept der PDS-Fraktion vorgesehen. Er bedauere, dass die PDS-Fraktion diesen Standpunkt heute nicht mehr konsequent vertreten habe. Er sei der Meinung, dass es darauf hinauslaufe, eine Zwischenlösung zu finden.

Der Stadtrat legte eine Pause ein.

Herr Bartl setzte die Sitzung fort und fragte nach weiteren Wortmeldungen.

Herr Heinrich, CDU-Fraktion, warb für den Änderungsantrag des Krankenhausausschusses des Psychiatrischen Krankenhauses. Er bezog sich auf die Formulierung der GWG – wichtig sei ein klares Konzept –, welche sehr treffend sei. Er denke, entscheidend sei, dass es nicht nur um Unternehmen gehe, welche zur Haushaltskonsolidierung verkauft werden sollen, sondern es gehe auch um Menschen, die in diesen Unternehmen beschäftigt sind. Hier zu bedenken seien mögliche Arbeitslose durch Rationalisierungsmaßnahmen, welche der Stadt den Rücken kehren könnten. Deswegen warb er dafür, sich sämtliche Optionen freizuhalten und er denke, dies geschehe durch diesen Änderungsantrag des Krankenhausausschusses.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler hielt ihre Rede zum Haushalt. Diese liegt der Niederschrift als Anlage bei. Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, ging kurz auf die Ansprache der Oberbürgermeisterin ein.

Er hätte kein Konzept kritisiert, sondern die Angaben, welche zur Haushaltswirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen ausgereicht wurden. Diese seien nicht nachvollziehbar. Er bat um Aufklärung diesbezüglich, dass im Zusammenhang der ersten zehn Jahre der Regierung in Halle von einer Verschleierung der Haushaltssituation gesprochen wurde. Es sei im März 2000 von Herrn Beigeordneten Koch ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt worden, welches damals mehrheitlich abgelehnt wurde. Von Seiten der CDU-Fraktion sei zugestimmt worden. Dann hätte es den Oberbürgermeisterwechsel gegeben und Frau Häußler hätte Roland Berger mit dieser Aufgabe befasst. Mittlerweile gebe es einen Sinneswandel im Rat, dass alle Fraktionen bereit seien, ernsthaft etwas zu tun. Die damalige Verfahrensweise sei dem Rat und nicht der Oberbürgermeisterin anzulasten.

Herr Bönisch ging weiter auf die Äußerung ein, dass seitens der Fraktionen kein wesentlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gebracht wurde. Hier entgegnete er, dass auch seitens der Verwaltung dies nicht geschehen sei. Einzigster Punkt sei das Selbsterwerbermodell gewesen. Dies sei aber nichts anderes als Schuldenverschiebung in die Betriebe. Man würde versuchen, den Haushalt heute durchzukriegen, aber bitte ohne solche Vorwürfe.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, gab Erläuterungen zum Antrag der PDS-Fraktion, um die Unterschiede zum CDU-Antrag herauszuarbeiten. Speziell ging er auf Satz 2 im Punkt 4 ein:

„Darüber hinaus sollen weitere Konsolidierungsbeiträge u. a. durch Bestandsveräußerungen angestrebt werden.“

Er stellte hierzu zwei Fragen: Bleibt es beim Anstreben? Dies wäre eine für ihn annehmbare Möglichkeit. Aber die Erfahrungen seien anders. Im letzten Jahr wurde ein Beschluss zur Tätigkeit der BMA bezüglich des Vorschlags von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen gefasst. Auch dieser beinhaltete „... durch mögliche Veräußerungen von städtischen Beteiligungen ...“. Inzwischen gebe es eine Liste mit Hundert von Veräußerungen von Beteiligungen. Eigentlich sollten die Unternehmen geprüft werden, was sie an Leistungsfähigkeit für die Stadt erbringen und welche Ergebnisse man damit erzielen kann. Jetzt stehen nur noch die Veräußerungen zur Debatte.

Deshalb vermute er, dass auch bei diesem CDU-Antrag am Ende nur die Veräußerungen übrig blieben.

Der jetzt neue Vorschlag der Stadtverwaltung sehe vor, was auch im ersten Satz des CDU-Antrages beschrieben sei. Inhaltlich seien daher beide Anträge nicht weit voneinander entfernt.

Der PDS-Antrag sieht vor, es bei dem zu belassen, was die Unternehmen bis 2012 in der Lage zu erbringen sind. Dann wurde noch ein weiterer Punkt angefügt. Die Unternehmen sollen nach ihren Möglichkeiten darüber hinausgehende Beiträge erbringen. Die Einschränkung „nach Möglichkeiten“ sei wichtig. Man könne natürlich die Unternehmen auch über ihre Möglichkeiten hinaus belasten, wodurch dann die gewünschten Effekte nicht mehr erzielt werden. Das sei auch die Problematik im Papier der Stadtverwaltung. Am Ende hieße es dann, den Bestand zu veräußern, aber trotzdem müsse das Unternehmen 123 Mio. € erbringen. Dies wäre sinnlos.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte klar, dass das Ansinnen der CDU-Fraktion nicht so sei, wie von Herrn Dr. Meerheim unterstellt. Er schlug vor, den Änderungsantrag dahin gehend abzuändern, dass in Position 4 der 2. Satz gestrichen wird und dass der Punkt 7 der PDS-Fraktion aufgenommen werde. Vielleicht könne man sich so verständigen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erläuterte noch einmal, dass die aufgeführten 200 Mio. € die Grundlage für die gesamte Rechnung seien, welche für die mittelfristige Finanzplanung gemacht wurde. Natürlich nicht die 200 Mio. € insgesamt, sondern 320 Mio. €, die aus diesem Paket herauskommen sollen. Wenn jetzt dieser Punkt so geändert würde, würde dies eine Änderung auf unter 120 Mio. € bedeuten, denn die 123 Mio. € sind kumuliert bis 2012. Das hieße, man hätte diese nicht zur Ablösung im Jahre 2008, 2009 oder 2010 zur Verfügung, sondern diese kämen im Jahre 2012 heraus. Dagegen gerechnet werden müssten die Zinsen der Kassenkredite. Wenn man diesen Weg so gehen wolle, müsse man Zusatzmaßnahmen in irgendeiner Form hineinformulieren, um wieder auf das Gesamtpaket von 320 Mio. € zu kommen. Sonst wäre das Papier zur mittelfristigen Finanzplanung hinfällig.

Es gebe zwei Möglichkeiten: Man finde jetzt noch eine Formulierung, die das, was man aus dem Punkt 4 nun nicht mehr herauslesen kann, auf anderem Wege erreicht, um wieder den Gesamtbetrag in irgendeiner Form zu sichern. Oder man müsse eine neue mittelfristige Finanzplanung aufstellen, welche zum Ergebnis haben wird, dass man im Jahre 2012 nicht auf Null sein wird.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, gab Erläuterungen zum Sinn der Anträge von PDS- und CDU-Fraktion. Dies seien natürlich Zeitgewinnung und die Vornahme weiterer Prüfungen. Innerhalb von weniger als einem halben Jahr sei versucht worden, etwas „zusammenzuschustern“. Allein seien jedoch die Fraktionen im Rat nicht in der Lage, entsprechend in dieser Größenordnung Vorschläge zu machen. Diese müssten von der Stadtverwaltung kommen. Die Fraktionen hätten das getan, was möglich war.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler machte noch einmal deutlich, dass man einen unausgeglichenen Haushalt nicht einzureichen brauche. Ohne eine Zeitschiene, dass man bis 2012 die Defizite ablösen könne, bräuhete man dem Landesverwaltungsamt nichts vorzulegen.

Herr Sängler, CDU-Fraktion, verwies auf die vorliegenden Konzepte der Wohnungsgesellschaften, welche sehr detailliert seien. Hier müsse die Finanzplanung aufgrund dieser Vorgaben geändert werden. Ansonsten sei er der Meinung, es müsse so abgestimmt werden mit der Maßgabe, dass man offen ließe, wie viel über den Rahmen hinaus in den einzelnen Jahresscheiben käme.

Herr Krause, SPD-Fraktion, fragte nach, ob die Änderung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion vorgenommen werden soll oder ob es sich hier nur um einen Vorschlag handele.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass der ursprüngliche Änderungsantrag von einer anderen Vorlage ausging. Jetzt habe die Stadtverwaltung das Gros dieses Änderungsantrages mit eingearbeitet. Aus diesem Grund bräuhete man diesen so nicht mehr zu stellen. Man würde den Änderungsantrag „erleichtern“ um den 2. Satz, da man von einer neuen Basis ausginge. Der 2. Satz solle gestrichen werden. Außerdem wolle man vom Punkt 7 des Antrages der PDS-Fraktion den 1. Satz akzeptieren. Herr Bönisch wandte sich an Frau Oberbürgermeisterin Häußler und bezog sich auf die Angabe von 350 Mio. €. Dieses Selbsterwerbermodell vom ersten Vorschlag, welcher von der Stadtverwaltung gemacht wurde, sei nichts weiter als das Verschieben von Schulden aus dem städtischen Haushalt in den Haushalt der Betriebe gewesen. Dies hätte auch die Kommunalaufsicht gemerkt. Noch nie hätte es einen akzeptablen Vorschlag gegeben, wie 350 Mio. € Deckung erbracht werden können. Man sollte der Kommunalaufsicht einen ehrlichen Haushalt vorlegen mit dem Hinweis „Mehr haben wir nicht drauf gehabt – aber wir arbeiten dran“.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler ging auf die Konsequenzen, die aus dem Vorschlag von Herrn Bönisch resultieren, ein. Hier müssten Gesetze eingehalten werden.

Wenn hier ein Papier beschlossen würde, welches nicht gestattet, eine mittelfristige Finanzplanung bis 2012 aufzustellen, welche für dieses eine schwarze Null vorsieht, würde sie dieses Papier beanstanden müssen, weil es nicht dem Gesetz entspräche. Man müsse eine glaubhafte Konstruktion darlegen, dass die Stadt Halle in der Lage sei, die 320 Mio. € zu finden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, schloss sich der Rede von Herrn Sänger an. Von den Wohnungsgesellschaften sei ein Papier geliefert worden, welches mit Zahlen unterlegt sei. Sie wundere sich, dass aus der letzten Sitzung, aus welcher das Papier mit dem 200-Mio.-Modell stamme, jenes Papier mit dazu genommen werden soll. Außerdem bezog sich Frau Wolff auf die Aussage, dass der Haushalt unbedingt beschlossen werden müsse. Sie erinnerte sich, dass bereits in der letzten Wahlperiode darauf hingewiesen wurde, den Haushalt im November einzubringen, um ihn spätestens im Januar abzuschließen. Daher verstehe sie den jetzigen Druck überhaupt nicht.

Frau Dr. Sitte, PDS-Fraktion, wies darauf hin, dass in der Rede von Herrn Dr. Meerheim als Ausgangslage das Konzept der Unternehmen benannt wurde. Sie sehe das Problem darin, dass mit dem Vorschlag der BMA das Unternehmen unter eine kritische betriebswirtschaftliche Grenze geführt werde. Das hieße, seitens des Unternehmens eine kritische Untergrenze zu unterschreiten und damit der Stadt zur Last zu fallen. Am Ende könne als schlimmster Fall stehen, dass es gesamtprivatisiert werde. Das sei nicht gewollt. Auch mit der von der Stadt gewollten „harten Maßnahme“ komme man bei den Wohnungsunternehmen nicht weiter. Dem Landesverwaltungsamt müsse genauso wichtig sein bei der Prüfung, wie die Stadt mit eigenen Unternehmen umgehe.

Herr Scholze, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, erwähnte, dass sich in der Pause abgezeichnet hätte, dass möglicherweise eine Formulierung mitgetragen werden könnte, wie sie in dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion aufgeführt sei. Der erste Satz in diesem Änderungsantrag entspreche der Vorlage der BMA. Die CDU-Fraktion wolle nun auf den zweiten Satz verzichten („Darüber hinaus sollen weitere Konsolidierungsbeiträge u. a. durch Bestandsveräußerungen angestrebt werden.“) und im Kompromiss mit der PDS-Fraktion solle zusätzlich der Punkt 7 des Änderungsantrages Bestandteil dieser Gesamtliste werden. Es müsse doch möglich sein, wenn man mit der Formulierung der CDU-Fraktion einverstanden sei, auch den Punkt 7 zu akzeptieren.

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, äußerte sich zum Thema „Finanzplanung“. Er zitierte die Definition der Finanzplanung, welche auch vom Landesverwaltungsamt so gesehen werden müsse. Wenn also heute der Beschluss so gefasst würde mit der Vorgabe, die angegebenen Ziele zu erreichen, könne es trotzdem durchaus sein, dass im nächsten Jahr die Finanzplanung erneut aufgestellt und angepasst werden müsse, weil sich Dinge verändert haben. Eine Finanzplanung hätte keine Rechtsverbindlichkeit und müsse sogar jederzeit wieder angepasst werden.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler, räumte ein, dass diese sachlichen Argumente dem Landesverwaltungsamt bereits schon einmal vorgetragen wurden – jedoch ohne Erfolg. Diese würden vom Landesverwaltungsamt nicht akzeptiert. Frau Oberbürgermeisterin sei vorgeworfen worden, dass sie dem Stadtrat keinen Beschluss vorgelegt hätte, der so radikal sei, dass er alle diese Fragen erfülle. Dann hätte sie – bei einer Ablehnung – diesen Beschluss beanstanden müssen, da er gesetzeswidrig sei. Dann hätte das Landesverwaltungsamt diesen Beschluss ersetzen können. Das sei doch sicher nicht gewünscht.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, ging auf die Äußerungen von Frau Oberbürgermeisterin Häußler ein. Er meine, dass zunächst die Konzepte der Wohnungsgesellschaften die Grundlage bilden. Aber es sollen 200 Mio. € erreicht werden. Es ginge nicht darum, in der Folgezeit nicht nur bei den Wohnungsgesellschaften Konsolidierungsbeiträge zu finden.

Es ginge auch um die Positionen 5 und 6. Das sollte mit berücksichtigt werden. Er sei der Meinung, dass die genannten Argumente objektiv seien und so auch Herrn Leimbach vorge-
tragen werden könnten.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, meldete sich durch Heben beider Hände zu einem Ge-
schäftsordnungsantrag und **beantragte eine fünfminütige Auszeit.**

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte noch einen Vorschlag für die Pause. Vielleicht wäre es
ein möglicher Weg zu sagen, das Ziel der 200 Mio. € im Punkt 7 zu fixieren, um festzuhalten,
dass man dieses Ziel erreichen wolle, eben nicht nur in Verbindung mit dem Punkt 4, son-
dern in der Prüfung aller Beteiligungen, die im Punkt 7 angesprochen sind.

**Der Stadtrat nahm ohne eine förmliche Abstimmung über den
Geschäftsordnungsantrag eine Auszeit.**

Herr Bartl informierte, dass ihm noch ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorliege.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verlas den Änderungsantrag. Es wurde vorgeschlagen, einen
Punkt 8 anzufügen:

**„Insgesamt wird durch alle oben genannten Maßnahmen ein Betrag erreicht,
der den in der Finanzplanung für den Verwaltungshaushalt dargestellten Haus-
haltsausgleich bis zum Jahr 2012 sichert.“**

Herr Bartl fragte nach weiteren Wortmeldungen.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, wies darauf hin, dass es sich hier-
bei dann um Punkt 9 handeln müsse, wenn die PDS-Fraktion ihren Punkt 8 nicht zurückge-
zogen hat.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte
nach den ihm zugegangenen zwei Papieren jeweils von der HWG und GWG. Bei der HWG
seien insgesamt 72,5 Mio. € erwähnt, bei der GWG 51,82 Mio. €. Hier sehe er das Problem,
dass der HWG-Beitrag sich zusammensetze aus 25 Mio. € für den Erwerb von GWG-
Anteilen. Ihm wäre nicht ganz klar, wie sich dieser Betrag noch ergebe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erläuterte, dass die HWG erklärte habe, sie sei in der Lage, 25
Mio. € zu zahlen, was durchaus auch den Erwerb der gesamten GWG umfasse. Damit hätte
man eine Möglichkeit der Fusion gefunden. Außerdem könne die HWG dann Geld, über wel-
ches sie verfügt, an die Stadt zahlen, ohne dass dies als Gewinnabführung zu sehen sei.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, zeigte hier noch einmal den Unterschied auf. Er wisse
nicht, was den Aufsichtsrat der GWG bewogen habe zu entscheiden, die GWG für 25 Mio. €
unterzuordnen. Er gehe davon aus, dass – wenn er diesem Vorschlag der CDU-Fraktion
zustimmen würde – er sich damit für die nächsten Jahre Probleme aufladen würde. Außer-
dem würde dieser Prozess auch enorme Kosten verursachen. Fast niemand hätte sich mit
diesen Prozessen von Fusionen oder operativer Holding inhaltlich beschäftigt. Sei es denn
jedem klar, was dies bedeuten könnte? Deswegen hätte die PDS-Fraktion vorgeschlagen, es
bei der Gesamtsumme zu belassen und dass die beiden Unternehmen selbständig ihre auf-
geführten Leistungen erbringen können.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, gab zwar seine Zustimmung zum Punkt 7, wies aber gleichzei-
tig darauf hin, dass in keiner Weise die Leistungsfähigkeit der GWG noch der HWG beein-
trächtigt sei. Durch diese Frage würde die GWG gesellschaftlich der HWG zugeordnet als
intakte Gesellschaft. Was Besseres könne man sich nicht wünschen.

Außerdem erwähnte Herr Bönisch die Frage der ZGM-Zuordnung. Auch dies sei Bestandteil des Konzeptes – ein Angebot, das ZGM technisch zu übernehmen. Dieser Bestandteil sei der CDU-Fraktion sehr wichtig, die Zuordnung des ZGM zur HWG.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler führte aus, dass, wenn heute ein Beschluss gefasst würde, dieser voraussetze, dass alle Fragen im Nachgang gründlich zu untersuchen seien. Dann müsse man einen Vorschlag, wie es endgültig sein solle, zu allen einzelnen Punkten erneut dem Stadtrat vorlegen. Das hieße, nach dem Abwägen aller Vor- und Nachteile dem Stadtrat einen Vorschlag vorzulegen, welchem dann im Detail zugestimmt werden müsse. Deshalb sei es nicht sinnvoll, heute die Einzelheiten zu diskutieren. Zum Thema ZGM-Zuordnung meinte Frau Oberbürgermeisterin, dass dies ruhig beschlossen werden könne. Sie habe dies damals der HWG angeboten und es wurde abgelehnt. Sie hätte nichts dagegen, dies seien Entwicklungen, die man ins Auge fassen könne, aber es bringe im Moment kein Geld. In der Folgezeit wird man durch diese konkreten Untersuchungen vielleicht noch zu anderen Vorschlägen kommen. Aber es müsse wenigstens der Beschluss gefasst werden, ernsthaft diese Dinge anzugehen.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, fragte Herrn Dr. Meerheim, was es bedeuten würde, wenn die HWG diesen Erwerb der GWG-Anteile aus Krediten finanziert. Er habe damit Probleme. Diese Diskussion habe für ihn nicht dazu geführt, dass die Aussage bzw. das Konzept schlüssiger geworden sei.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wandte sich an die Oberbürgermeisterin und auf ihre Äußerungen zu den Beiträgen der einzelnen Fraktionen. Auch ihm stimme die Situation traurig. Der Rat habe in der zurückliegenden Zeit einen Beschluss gefasst zur Bildung einer Holding mit dem Ergebnis, dass die HWG ein Gutachten vorgelegt habe, woraufhin auch die GWG um ein Gutachten bemüht war. In diesem Stadium sei alles stecken geblieben. Er sei der Ansicht, wäre die Oberbürgermeisterin der Forderung des Rates nachgekommen, hätte bis zum heutigen Tag eine Lösung vorliegen müssen. Dann hätte die Frage heute klar beantwortet werden müssen: Will der Rat, dass die HWG die GWG übernimmt? Wenn dieser Grundsatzbeschluss gefasst ist, dann hätte man sich mit der Frage befassen können, in welcher Höhe der Übergang erfolgen müsse. Er könne daher die Worte von Herrn Dr. Meerheim verstehen.

Frau Dr. Sitte, PDS-Fraktion, verdeutlichte noch einmal, dass die CDU-Fraktion von einer Fusion spreche; andere von einer Übernahme oder anderen Konstrukten. Wenn die Oberbürgermeisterin der Ansicht sei, die Einzelheiten heute aufgrund der Komplexität nicht zu bereden, sei Frau Dr. Sitte der Meinung, es wäre das Beste, dem Satz der PDS-Fraktion zuzustimmen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erwiderte auf die Äußerungen von Herrn Weiland. Die angegebenen 25 Mio. € seien erklärtermaßen der einzige echte Verkauf. An Frau Dr. Sitte gewandt, meinte Herr Bönisch, dass sich nichts ändern werde, wenn man ihrem Vorschlag folgen würde. Aber der Rat hätte den Wunsch geäußert, die beiden Unternehmen irgendwie zusammenzubringen.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, bat Frau Dr. Sitte, sich doch vor Abgabe solcher Erklärungen sachkundig zu machen. Dieser Prozess laufe schon lange. Es gebe externen Sachverstand, welcher bis ins Detail den Gesellschafter Stadt über RICHTIG und FALSCH informiert habe.

Nach diesen Ausführungen stellte Herr Sänger den Geschäftsordnungsantrag auf **Abbruch der Diskussion**.

Herr Bartl fragte nach Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sprach sich gegen den Abbruch der Diskussion aus. Die Konsequenzen, welche hier aufgezeigt würden, seien im Einzelnen vorher nicht so besprochen worden.

Herr Dr. Schmidt, SPD-Fraktion, äußerte sich dahin gehend, dass er sich nicht wohl dabei fühle, wenn ein Geschäftsordnungsantrag direkt im Anschluss an einen eigenen Redebeitrag gestellt würde.

Herr Bartl informierte, dass jetzt noch Herr Felke das Wort ergreifen könne – anschließend würde dann über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt werden.

Herr Felke, SPD-Fraktion, war der Ansicht, der Rat sei in der letzten Wahlperiode beim Thema „Fusionen der beiden Unternehmen“ weiter gewesen. Im letzten Beschluss hätte es eine konkrete Ansage gegeben, wie man zusammen kommen wolle, nämlich über eine operative Holding. Zum anderen hätte es auch Fristen gegeben, die entsprechend eingehalten werden müssen. Diese seien aber seiner Meinung nach bereits verstrichen. Hier müsse auch der Rat intensiver darauf achten. Was die Umsetzung angehe, müsse man sehr genau schauen, über was genau im Detail gesprochen wird. Zum einen könne man dem folgen, was in den Konzepten stehe, welche von der GWG und HWG geliefert worden seien. Man könne auch allgemein nur die Summe nehmen, welche niedergeschrieben ist und darüber befinden, wie es die PDS-Fraktion vorschlage. Offen müsse man darüber sprechen, dass man in beiden Varianten über Verkäufe rede. Er wünsche sich seitens der PDS-Fraktion etwas mehr Ehrlichkeit, wenn man die Summe aufschreibt und zumindest offen lasse, wie der Anteil, der im CDU-Papier über den Anteilskauf erwirtschaftet werden soll, denn dann dargestellt wird. Hier müsse man zur Kenntnis nehmen, dass – nüchtern betrachtet – dies auch nur über Bestandsverkäufe gehe. Entscheidender Punkt für die SPD-Fraktion sei, dass die Unternehmen zusammengeführt werden sollten und auf „Augenhöhe“ miteinander fusioniert werden. Er denke, dafür könne am heutigen Tag eine entsprechende Weichenstellung erfolgen.

Herr Bartl bat um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Sänger auf **Abbruch der Diskussion**.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Bartl informierte, dass nunmehr mit der Abstimmung der einzelnen Änderungsanträge begonnen werde. Er schlug vor, zuerst mit dem Änderungsantrag zur Streichung der Stelle des Kulturmanagers zu beginnen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens seiner Fraktion in den Kulturausschuss, da er in dem Sinne nicht haushaltsrelevant sei. Diese Diskussion um den Kulturmanager, der zunächst von allen befürwortet worden sei, müsse noch einmal aufgrund der neuen Situation geführt werden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte nach, ob eine Verweisung dieses Änderungsantrages zum Haushalt überhaupt rechtsgültig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler stellte richtig, dass der Rat nicht die Möglichkeit habe, die Abschaffung der Stelle des Kulturmanagers zu beschließen. Der Rat habe die Möglichkeit, eine Stelle dieser Wertigkeit im Stellenplan abzubauen.

Herr Bartl bat die einbringende Fraktion um Untersetzung des Antrages.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, erklärte, dass es an dieser Stelle eindeutig um einen haushaltsrelevanten Antrag gehe, der die Streichung einer Stelle im Stellenplan beinhalte. Er sehe keine Möglichkeit, den Antrag zu verweisen. Außerdem sei er der Ansicht, dass dieser aufrechterhalten werden sollte und zur Abstimmung stehe. Abschließend erwähnte Herr Weiland, dass die Diskussion zum Haushalt abgebrochen sei.

Herr Bartl erwiderte, dass zur Verweisung gesprochen werde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, sprach sich gegen eine Verweisung aus, da dies so nicht gehe, da der Antrag zur Vorlage gehöre und haushaltsrelevant sei. Er bat alle Fraktionen, geschlossen gegen diesen Antrag zu stimmen.

Herr Bartl bat um Abstimmung.

**Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
Vorlage: IV/2005/05026**

Beschlussvorschlag:

Die Stelle einer Kulturmanagerin/eines Kulturmanagers in der Stadt Halle (Saale) wird zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung gestrichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Bartl kam nun zur Abstimmung der von der BMA vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits und schlug vor, die aufgeführten Punkte einzeln abzustimmen.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, hatte eine Anmerkung zum Verfahren. Er denke nicht, dass diese Punkte einzeln abgestimmt werden können. Es gebe einen eindeutigen Beschlussvorschlag und nur über diesen könne abgestimmt werden. Man könne nur über die einzelnen Punkte im Beschlussvorschlag separat abstimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler verwies auf die diversen Änderungsanträge, die vorliegen. Es sei ihrer Ansicht nach vernünftig, zur jeweiligen Position den entsprechenden Änderungsantrag abzustimmen. Am Ende würde man über die sich ergebende Gesamtliste abstimmen.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, ging auf den Änderungsantrag ein, das Psychiatrische Krankenhaus in eine gGmbH umzuwandeln. Wenn dies so gemacht würde, müsse man nicht verkaufen. Aus einer gemeinnützigen GmbH könne man keine Gewinne herausziehen. Man müsse sich bei einer einzelnen Abstimmung darüber klar sein, dass man anschließend ein Konzept habe, welches nicht ginge.

Herr Bartl bat jetzt um Abstimmung des Änderungsantrages zu **Position 1**.

Änderungsantrag des Eigenbetriebsausschusses des Psychiatrischen Krankenhauses zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen Nr.: IV/2004/04603)

Vorlage: IV/2005/05040

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich zugestimmt
	Ja-Stimmen: 27
	Nein-Stimmen: 19
	Enthaltungen: 3

Beschluss:

Das Psychiatrische Krankenhaus wird von einem Eigentrieb in eine gGmbH umgewandelt. Diese ist gesellschaftsrechtlich in die Netzstruktur der in der Stadt Halle vorhandenen gemeindenahen psychiatrischen Versorgung durch Veräußerung einzubinden, es sei denn die Entlastung des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) kann durch andere Maßnahmen in gleicher Weise erzielt werden.

Herr Bartl ging nun auf **Position 2** des Maßnahmeplans ein und bat zu dieser Position um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich zugestimmt
------------------------------------	--------------------------------

Herr Bartl ging nun auf **Position 3** des Maßnahmeplans ein und bat zu dieser Position um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich zugestimmt
------------------------------------	--------------------------------

Herr Bartl ging nun auf **Position 4** des Maßnahmeplans ein und bat um Abstimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zu den Maßnahmepunkten zum Ausgleich der Alt- und Neundefizite des Verwaltungshaushaltes in der Fassung vom 09. Juni 2005

Vorlage: IV/2005/05055

Beschlussvorschlag:

- **Pos. 3 – Streichen im letzten Satz „fusionierten“ (redaktionelle Änderung ⇒ wurde vorgenommen)**
- **Pos. 4 - wird wie folgt geändert:**

Umsetzung der von den Wohnungsgesellschaften (GWG, HWG) vorgelegten Konzepte mit einem Gesamtbeitrag von 123 Mio. € für die städtische Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2012.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich abgelehnt*
Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 22
Enthaltungen: 9

Da mehrere Stadträte der Abstimmung widersprachen, wurde diese wiederholt.

Herr Bartl informierte darüber, dass zurzeit 51 Stadträte anwesend seien.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich abgelehnt*
Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 22
Enthaltungen: 9

Herr Bartl bat nunmehr um Abstimmung des Änderungsantrages der PDS-Fraktion zur **Position 4** des Maßnahmeplanes.

Änderungsantrag der PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zu den Maßnahmenpunkten zum Ausgleich der Alt- und Neudefizite des Verwaltungshaushaltes in der Fassung vom 9. Juni 2005
Vorlage: IV/2005/05057

hier: „Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und HWG erbringen bis zum Jahr 2012 einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt in Höhe von 123 Mio. €.“

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich zugestimmt*
Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 22
Enthaltungen: 5

Beschluss:

Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und HWG erbringen bis zum Jahr 2012 einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt in Höhe von 123 Mio. €.

Herr Bartl ging nun auf **Position 5** des Maßnahmeplans ein und bat zu dieser Position um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich zugestimmt*

Herr Bartl ging nun auf **Position 6** des Maßnahmeplans ein und bat zu dieser Position um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: *mehrheitlich zugestimmt*

Herr Bartl ging nun auf **Position 7** des Maßnahmeplans ein. Hierzu gehöre der Änderungsantrag der PDS-Fraktion.

**Änderungsantrag der PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) zu den Maßnahmepunkten zum Ausgleich der Alt- und Neundefizite des Verwaltungshaushaltes in der Fassung vom 9. Juni 2005
Vorlage: IV/2005/05057**

hier: „Die in den Positionen 4, 5 und 6 benannten Unternehmen sollen nach Möglichkeit über die festgelegten Beiträge hinaus weitere Konsolidierungsbeiträge erbringen.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die in den Positionen 4, 5 und 6 benannten Unternehmen sollen nach Möglichkeit über die festgelegten Beiträge hinaus weitere Konsolidierungsbeiträge erbringen.

Herr Bartl befragte die PDS-Fraktion hinsichtlich des Punktes 8 (Verzicht der Stadt Halle auf ihre Kreisfreiheit). Dieser Punkt wurde zurückgezogen. Daher sei der Punkt 9 jetzt der neue Punkt 8, welcher nun zur Abstimmung stehe. Dies sei der Antrag der SPD-Fraktion.

**Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zu den Maßnahmepunkten zum Ausgleich der Alt- und Neundefizite des Verwaltungshaushaltes in der Fassung vom 14. Juni 2005 zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr. IV/2004/04603)
Vorlage: IV/2005/05056**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
Ja-Stimmen: 25
Nein-Stimmen: 18
Enthaltungen: 2

Beschluss:

Pos. 8: Insgesamt wird durch alle oben genannten Maßnahmen ein Betrag erreicht, der den in der Finanzplanung für den Verwaltungshaushalt dargestellten Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2012 sichert.

Herr Bartl kam nun zur Abstimmung des Beschlussvorschlages „Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003“ (Vorlage: IV/2004/04603). Dazu gehören die Änderungsanträge zu Punkt 4 und einen zusätzlichen Punkt 5:

**Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
hier: Beschlussvorschlag zu 4.
Vorlage: IV/2005/05002**

Beschlussvorschlag:

4. Der Stadtrat nimmt die Vorschläge der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) zu Beteiligungsverkäufen als Diskussionspapier zur Kenntnis und beauftragt die BMA, die Vorschläge inhaltlich zu untersetzen und die Untersuchungen auf die weiteren Beteiligungen der Stadt auszu-dehnen. Dabei sind insbesondere die strategischen Ansätze für etwaige Beteiligungsverkäufe (Eigenerwerbsmodell oder Fremdveräußerung) sowie Nutzen und Risiken (Folgenabschätzung) für die Stadt darzustellen. Die nach dieser Maßgabe erarbeiteten Vorschläge sind nach Befassung der zuständigen Gremien dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Als Nächstes stehe der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

**Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003" (Vorlagen-Nr.: IV/2004/04603)
hier: Beschlussvorschlag zu 4.
Vorlage: IV/2005/04988**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Vorschläge zum Abbau der Altfehlbeträge und beauftragt die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), die Umsetzung der Einzelmaßnahmen nach Befassung der zuständigen Gremien vorzubereiten und zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen.

Dieser Antrag wurde seitens der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Anschließend sei über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS, der beinhalte, einen neuen Beschlusspunkt 5 aufzunehmen, abzustimmen.

**Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003"
Vorlage: IV/2005/05003**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen, dem Beschlussvorschlag wird ein 5. Beschlusspunkt angefügt:

5. Der Stadtrat führt mit der Zielstellung der Reduzierung des strukturellen Haushaltsdefizits im Verlauf des Jahres 2005 eine umfassende Kritik der im eigenen Wirkungskreis erledigten freiwilligen und Pflichtaufgaben durch. Dabei sind insbesondere die Standards der angebotenen Leistungen auf ihre Erforderlichkeit und Finanzierbarkeit zu überprüfen. Die Verwaltung wird beauftragt, alle freiwilligen Aufgaben und daraus resultierende Rechtsverpflichtungen, wie z.B. institutionelle Förderungen unter Nennung der entsprechenden Haushaltsstelle aufzulisten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Bartl informierte, dass über sämtliche Änderungsanträge abgestimmt worden sei und jetzt die Abstimmung über die Gesamtvorlage mit all den beschlossenen Änderungen erfolgen müsse.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, meldete sich zu Wort und erklärte, er habe darum gebeten, einzeln abzustimmen.

Herr Bartl bat diesbezüglich um Abstimmung, ob man mit der Einzelabstimmung einverstanden sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Herr Bartl bat jetzt um Abstimmung über die Gesamtvorlage.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003
Vorlage: IV/2004/04603

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
Ja-Stimmen: **26**
Nein-Stimmen: **23**
Enthaltungen: **1**

Beschluss: **in modifizierter Form**

- 1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2005, den Haushaltsplan 2005 und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der zweiten Lesung am 14. Juni 2005.**
- 2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2003 zur Kenntnis.**
- 3. Der Stadtrat beschließt eine weitergehende Haushaltskonsolidierung von 25 Mio. € für die Jahre 2007 – 2011 und beauftragt die Verwaltung, für die noch nicht konzeptionell unterlegten 17 Mio. € ein Konzept bis 30.09.2005 zu erarbeiten.**
- 4. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zum Abbau der Altfehlbeträge und beauftragt die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), die Vorschläge des Konzeptes zu untersetzen und die weitere Vorgehensweise aufzuzeigen. Die Aktivitäten der BMA zur Realisierung der Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits werden durch den Finanzausschuss begleitet. Nach Befassung der zuständigen Gremien sind die Vorschläge dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Herr Bartl beendete die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Annemarie Kraft
Protokollführerin